

POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE AUSEINANDERSETZUNG UM LGBT IN POLEN

■ ANALYSE	
Die Auseinandersetzung um die Rechte von Angehörigen sexueller Minderheiten in Polen	2
Klaus Bachmann, SWPS Universität, Warschau	
■ STATISTIK	
Anti-LGBT-Resolutionen in Polen	5
■ UMFragen	
Die Einstellung zu LGBT	5
■ KOMMENTAR	
Der homophobe Tsunami in Polen	6
Cecylia Jakubczak, Kampagne gegen Homophobie, Warschau	
Die Befreiung vom Geschlecht	8
Bogumił Łoziński, »Gość Niedzielny«, Warschau	
■ DOKUMENTATION	
Die Position der Polnischen Bischofskonferenz zu LGBT+	10
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen	12
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 3. – 15. November 2020	16
■ CHRONIK	
3. November – 15. November 2020	18

Die Auseinandersetzung um die Rechte von Angehörigen sexueller Minderheiten in Polen

Klaus Bachmann, SWPS Universität, Warschau

DOI: 10.31205/PA.265.01

Zusammenfassung

In den vergangenen Monaten sind die Rechte von sexuellen Minderheiten zu einem innenpolitischen Streitthema in Polen geworden, vor allem wegen LGBT-feindlichen Resolutionen konservativer Gemeinde- und Stadträte und weil Präsident Andrzej Duda Mitgliedern sexueller Minderheiten im Wahlkampf das Menschsein abgesprochen hat und deren Identität als »Ideologie« bezeichnete. Diese Kampagne spielt sich aber vor dem Hintergrund einer toleranter werdenden Gesellschaft ab. Die Regierung versucht dabei, den beschleunigten Wertewandel mit Hilfe des Rechts und mit Hilfe von Hasskampagnen zu blockieren.

In den vergangenen Monaten ist in Polen eine heftige politische Auseinandersetzung, die auch außenpolitische Wirkung entfaltet, um die Rechte von Angehörigen sexueller Minderheiten (von Lesben, Schwulen, Transsexuellen und Bisexuellen, abgekürzt LGBT) ausgebrochen. Sie überlagert die bereits bestehenden Konflikte zwischen der parlamentarischen Opposition und dem Regierungsbündnis der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*), zwischen kirchenkritischen Organisationen und der katholischen Kirchenhierarchie sowie auch die durch die Corona-Pandemie hervorgerufene Krise des Gesundheitswesens und der Wirtschaft. Die bisher heftigste Eskalation fand während des sehr stark polarisierten Wahlkampfes vor der Präsidentenwahl im Mai 2020 statt, als sich nach der pandemiebedingten Verschiebung des Wahltermins mit dem liberal-konservativen Warschauer Bürgermeister Rafał Trzaskowski (Bürgerplattform/*Platforma Obywatelska* – PO) dem blassen und amtsmüde wirkenden Amtsinhaber Andrzej Duda ein Kandidat entgegenstellte, der Umfragen zufolge eine wirkliche Chance hatte, die Wahl zu gewinnen. Obwohl die regierende, von der Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) dominierte Vereinigte Rechte sich zu diesem Zeitpunkt bereits alle für die Wahl relevanten Staatsorgane untergeordnet hatte, lag ihr daran, die eigenen Wähler maximal zu mobilisieren. Dies funktioniert erfahrungsgemäß am besten, indem Angst vor einer als fremd empfundenen Bedrohung geschürt wird. Die Corona-Pandemie selbst, die besonders während des polnischen Lockdown im März und April sehr vielen Wählern Furcht einjagte, eignete sich dazu nicht, denn mit einer Angst betonten Wahlkampagne hätte die Regierung ihrer eigenen Propaganda widersprochen, wonach sie die Pandemie sehr gut, und, wie führende Regierungspolitiker immer wieder betonten, »besser als die meisten anderen europäischen Länder« im Griff habe. Außerdem bestand die

Gefahr, damit den treuesten Teil der PiS-Wähler vom Urnengang abzuschrecken.

Auch Angst vor Flüchtlingen, Migrant*innen und islamistischen Terroristen eignete sich kaum noch für eine Kampagne, da Umfragen der letzten Monate und Jahre gezeigt haben, dass mehr und mehr Polen bereit wären, Flüchtlinge und Migrant*innen aufzunehmen.

Die Pandemie hatte zugleich aber auch zu einem Rückgang der gesellschaftlichen Toleranz gegenüber abweichendem Verhalten und gegenüber sexuellen Minderheiten geführt. Diese Tendenz versuchten Andrzej Duda und die PiS sich zunutze zu machen, indem sie ein ums andere Mal abwertende und stark polarisierende Behauptungen über Menschen mit abweichenden sexuellen Präferenzen machten, die dann auch sofort in den linken und liberalen Medien und Nichtregierungsorganisationen auf heftigen Widerspruch stießen. Das führte dazu, dass das Thema in der Öffentlichkeit präsent blieb und die für das Regierungslager viel unbequemen Themen (Pandemie, Wirtschaftskrise, Korruption) verdeckte. Duda selbst tat sich durch die Äußerung hervor, LGBT, das seien »keine Menschen, sondern eine Ideologie.« Regierungspolitiker haben seit Jahren die Tendenz, für sie unbequeme oder auch nur unverständliche Theorien, Denkweisen und Forderungen pauschal als Ideologien zu bezeichnen, um sie dadurch (in Anspielung auf die Rolle der kommunistischen Ideologie vor 1989) zu diskreditieren. So ist oft auch von einer angeblichen »Gender Ideologie« die Rede, ein Begriff den bereits vor über zehn Jahren die katholische Kirchenhierarchie entwickelt hat, um damit Feminismus zu diffamieren. Inzwischen hat sich in den regierungsnahen Medien aus der Vermischung von Anti-LGBT, islamfeindlichen und antifeministischen Positionen und der Ablehnung einer Aufnahme von Flüchtlingen ein Amalgam entwickelt, das – vermutlich unfreiwillig – komisch-widersinnige Karikaturen hervorgebracht hat. So wurde beispielsweise auf der Titelseite eines Politmagazins vor einer

Invasion von Regenbogenfahnen schwingenden, vollverschleierte islamistischen (und offenbar auch feministischen) Terroristinnen in Polen gewarnt.

Frei von LGBT(-Ideologie)

Zu Hilfe kamen der Regierungspartei bei ihren Kampagnen ihre Verankerung in der kommunalen Selbstverwaltung der östlichen, konservativ-katholisch geprägten Regionen Polens und das Entstehen eines Milieus von regierungsnahen und oft von der Regierung direkt oder indirekt gesponserten Nichtregierungsorganisationen. So hatte eine zweistellige Zahl von Gemeinde- und Kreisräten Resolutionen verabschiedet, in denen sie ihr Gemeindegebiet als »frei von LGBT-Ideologie« bezeichneten.

Bürgerinitiativen, die sich für die Gleichberechtigung von sexuellen Minderheiten einsetzen, sowie linke und liberale Parteien blieben nicht passiv. Sie organisieren jedes Jahr Gay-Pride-Paraden (in Polen Gleichstellungsparaden genannt), bei denen es oft zu Gegendemonstrationen von Nationalisten und konservativen Katholiken und zu tätlichen Auseinandersetzungen kommt. Auf die Resolutionen der Gemeinde- und Kreisräte reagierte eine Gruppe von LGBT-Aktivist*innen, indem sie neben den Ortstafeln der entsprechenden Gemeinden Schilder anbrachte und fotografierte, auf denen diese Orte als »LGBT-frei« bezeichnet wurden, was Assoziationen mit »judenfreien« Zonen aus der Zeit der deutschen Besetzung Polens im Zweiten Weltkrieg weckte. Die Bilder fanden im Internet schnelle und zahlreiche Verbreitung.

Nachdem westeuropäische Organisationen die Partnergemeinden der betreffenden polnischen Orte auf die Ereignisse in Polen aufmerksam gemacht hatten, kündigten oder suspendierten einige ihre Partnerschaftsabkommen mit den polnischen Gemeinden und die EU-Kommission blockierte Zuschüsse zu Kooperationsprojekten. Daraufhin kündigte der in dieser Frage radikalste Minister der Regierung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Justizminister Zbigniew Ziobro, an, die entsprechenden Gemeinden aus einem Topf seines Ministeriums zu entschädigen, der eigentlich für die Entschädigung von Verbrechenopfern bestimmt ist. Das Europäische Parlament hat inzwischen diese »LGBT-Ideologie-freien Zonen« in einer mit überwältigender Mehrheit aller etablierten Parteien verabschiedeten Resolution verurteilt. Polnische Regierungspolitiker und Diplomaten betonen gerne, es gebe gar keine »LGBT-freien Zonen« in Polen, sondern nur »LGBT-Ideologie-freie«, und die Kritik aus dem Ausland fuße deshalb auf Desinformation der »LGBT-Lobby«.

Die polnische Gesellschaft im Wertewandel

Die Heftigkeit, mit der diese Auseinandersetzung geführt wird, hat mehrere Ursachen. Zum einen ist

in den großstädtischen Ballungszentren in den letzten Jahren eine zunehmend liberale, tolerante und individualistische Mittelschicht entstanden, die kulturellen und politischen Strömungen aus dem westlichen Ausland gegenüber aufgeschlossen ist, die schlechter ausgebildete und konservativ-katholisch geprägte Landbevölkerung aber verachtet und oft lächerlich macht. Für beide Gesellschaftsschichten ist die LGBT-Frage, ähnlich wie die Haltung zur Amtskirche und zum Katholizismus oder die Liberalisierung der Abtreibung ein Lakmustrupp, mit dessen Hilfe Freund von Feind unterschieden wird, ähnlich, wie das in vielen Ländern Westeuropas während der 1970er Jahre war. Und ähnlich wie damals, so macht auch Polen seit einigen Jahren einen Wertewandel durch, der allerdings etwas weniger spektakulär und langsamer verläuft als damals in Westeuropa. Er wird begleitet von einer rapiden gesellschaftlichen Säkularisierung und als Folge davon von einer tiefen Krise der katholischen Kirche, die in den letzten Jahren aufgrund zahlreicher Skandale wegen sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen, die sich nun immer schwerer vertuschen lassen, in die Kritik geraten ist. So nehmen sowohl das Vertrauen in die Kirche, das in Meinungsumfragen gemessen wird, als auch der Anteil der Kirchgänger an der Gesamtbevölkerung immer weiter ab. Der konservative Teil der Bischöfe reagiert darauf ähnlich wie die Regierungspartei und versucht, durch das Schüren von Angst vor abstrakten Bedrohungen die Gläubigen davon abzuhalten, sich von der Amtskirche abzuwenden. Ähnlich wie die Regierungspolitiker haben diese Bischöfe (die von liberaler eingestellten Bischöfen und Geistlichen dafür Widerspruch ernteten) angeblich fremde Ideologien als Hauptbedrohung ausgemacht, die sie dann mit totalitären Ideologien und Krankheiten vergleichen.

Die Rechtsentwicklung hat mit dem gesellschaftlichen Wertewandel nicht Schritt gehalten. In Umfragen steigt der Anteil derjenigen, die Homosexualität akzeptieren, doch gibt es in Polen bisher noch nicht einmal die bereits vor Jahrzehnten in Westeuropa eingeführte Zivilpartnerschaft zwischen zwei gleichgeschlechtlichen Partnern, geschweige denn eine Entsprechung der »Ehe für alle«. Daher gehen schwule und lesbische Paare meist nach Deutschland oder Dänemark, um dort zu heiraten, nach ihrer Rückkehr müssen sie allerdings damit rechnen, dass sich das zuständige polnische Standesamt weigert, ihre Ehe einzutragen. Es ist auch vorgekommen, dass den Kindern in solchen Ehen der Eintrag des zweiten Elternteils in der polnischen Geburtsurkunde verweigert wurde. So erscheinen dann zum Beispiel bei einem Kind mit zwei Vätern in seinen niederländischen Dokumenten beide Väter als Eltern, in den polnischen Dokumenten dagegen nur ein Vater. Und in Polen ist dann auch nur dieser Vater erziehungsberechtigt.

tigt. Besonders dramatisch wurde diese Praxis während des polnischen Lockdown im März und April 2020, als sie gleichgeschlechtliche Partner an der Einreise nach Polen zu ihrer dort lebenden Familie hinderte. Für die polnischen Behörden gelten gleichgeschlechtliche Verbindungen weder als Ehe noch als Familie. Auch eine Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Partnerschaften gibt es nicht. Schätzungen zufolge gibt es eine inzwischen fünfstellige Zahl von Familien, in deren Rahmen gleichgeschlechtliche Eltern Kinder erziehen. Meist hat diese ein Partner aus einer traditionellen Partnerschaft mitgebracht oder beide Eltern haben im Ausland geheiratet und dort Kinder adoptiert und nach Polen mitgenommen.

Unterstützung aus dem Ausland

Der Wertewandel der letzten Jahre hat dazu geführt, dass sich solche Paare und LGBT-Aktivisten und -Aktivistinnen immer besser organisiert und immer mehr Gehör verschafft haben, während die Gesellschaft insgesamt ihren Forderungen gegenüber offener geworden ist, was sich auch in den Medien, im Alltag der großen Städte, den alljährlichen Gay-Pride-Paraden und einer steigenden Anzahl von Klagen wegen Diskriminierung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg widerspiegelt. Die Radikalisierung, die sich auf beiden Seiten dieses Kulturkampfes ergibt, kommt der Regierungspartei sehr gelegen, denn die größte Oppositionspartei, die Bürgerplattform, ist in dieser Frage selbst zerrissen und hat keine klare Haltung. Sie steht unter dem Druck, sich gegenüber ihrer eher liberal-konservativen Kernwählerschaft von der minderheitenfeindlichen Propaganda des Regierungsla-

gers zu distanzieren, fürchtet aber gleichzeitig, von der *PiS* so in die Nähe der viel weitgehenderen Forderungen der Linken (die seit 2019 wieder im Parlament vertreten ist) nach voller Gleichberechtigung von sexuellen Minderheiten gerückt zu werden. Für die *PiS* bietet die Auseinandersetzung um LGBT-Rechte die Chance einer Spaltung der Bürgerplattform. Diese ist aber die einzige Oppositionspartei, die genug Mittel, Aktivisten und Verankerung in der kommunalen Selbstverwaltung und auf internationaler Ebene hat, um der *PiS* die Macht streitig machen zu können. Dem innenpolitischen Nutzen, den die Regierungspartei aus der Kampagne gegen die LGBT-Bewegung zieht, stehen allerdings auch erhebliche außenpolitische Nachteile gegenüber. Als im Oktober 2020 die jährliche Gleichstellungsparade in Warschau wegen der Pandemie ausfallen musste, veröffentlichten 50 ausländische Botschafter (darunter die aller EU-Mitgliedsstaaten außer Ungarn und der Slowakei, aber auch der USA, Saudi-Arabiens und Kolumbiens) eine Unterstützungserklärung. Von oppositionellen wie staatlichen Medien wurde sie als Ohrfeige für die Haltung der Regierung in dieser Frage angesehen. Regierungsvertreter spielten ihre Bedeutung herunter. Zusammen mit der Frage der Medienfreiheit und der Rechtsstaatlichkeit ist die Haltung zur polnischen LGBT-Bewegung einer der wenigen Konfliktpunkte zwischen den Regierungen in Warschau und Washington. Die US-Botschafterin in Warschau, eine enge Vertraute von US-Präsident Donald Trump, hat sich mehrfach öffentlich klar für die Gleichstellung von sexuellen Minderheiten ausgesprochen und wurde zuletzt deshalb sogar ins polnische Außenministerium einbestellt.

Über den Autor

Klaus Bachmann ist Professor für Sozialwissenschaften an der SWPS Universität in Warschau (*SWPS Uniwersytet, Warszawa*). Er beschäftigt sich mit Transformationsforschung (*transitional justice*), vergleichender Vergangenheitsbewältigung und Internationalem Völkerstrafrecht. Zuletzt erschien von ihm das Buch »Politik in Polen« (Stuttgart, 2019). Er schreibt regelmäßig in polnischen Print- und digitalen Medien.

Lesetipp

Deutsches Polen-Institut: Agata Orzol, Agnieszka Łada: »LGBT-freie Zonen« in Polen – Fakten und Zahlen. <https://www.deutsches-polen-institut.de/blog/lgbt-freie-zonen-in-polen-fakten-und-zahlen> (abgerufen am 12.11.2020).

STATISTIK

Anti-LGBT-Resolutionen in Polen

Anzahl aller polnischen Gemeinden: 2.477

Anzahl aller explizit gegen LGBT-Ideologie gerichteten Resolutionen: 58

Andere Resolutionen*: 41

Anzahl der Landgemeinden mit explizit gegen »LGBT-Ideologie« gerichteten Resolutionen: 31

Anzahl der Stadt-Land-Gemeinden mit solchen Resolutionen: 13

Anzahl der Stadtgemeinden mit solchen Resolutionen: 9

Anzahl der Städte mit solchen Resolutionen: 4

Kreise mit Resolutionen: 33

Woiwodschaftsräte (Regionalparlamente): 5**

Anteil dieser Gemeinde und Kreise an der Gesamtfläche des Landes: ca. 32 %

Anteil der Einwohnerzahl dieser Gemeinden und Kreise an der Einwohnerzahl Polens: ca. 31 %

In mehreren Fällen wurden die Resolutionen inzwischen von Gerichten in erster Instanz (z. T. aufgrund von Klagen des Bürgerombudsmanns) wieder aufgehoben. Die Dynamik bei der Annahme solcher Resolutionen hat Anfang 2020 stark abgenommen, nachdem diese von der EU-Kommission kritisiert wurde und mehrere westeuropäische Partnergemeinden ihre Zusammenarbeit mit solchen polnischen Gemeinden aufgekündigt hatten.

*) In vielen Fällen haben Selbstverwaltungsorgane auch die vom Institut *Ordo Juris* verfasste »Kommunale Charta der Familienrechte« (*Samorządowa Karta Praw Rodzin*) angenommen. Sie enthält keine explizit gegen LGBT oder »LGBT-Ideologie« gerichteten Formulierungen, wird aber von LGBT-Aktivisten als diskriminierend angesehen, weil sie behauptet, die traditionelle Familie (die laut Verfassung aus Mann und Frau besteht) sei bedroht und diskriminiert und müsse geschützt werden. In einigen Fällen haben Selbstverwaltungsorgane auch eigene Resolutionen mit diskriminierendem Inhalt angenommen.

**) Die Zahl der Resolutionen deckt sich nicht mit der Zahl der Gemeinden, die sie verabschiedet haben, da manche Gemeinden mehrere Resolutionen verabschiedet haben. In einigen wenigen Fällen wurden solche Resolutionen auch wieder aufgehoben.

Stand: Mitte Oktober 2020

Quellen: *Ordo Juris*; *Atlas Nienawiści*; *Konkret 24*; *Gazeta Wyborcza* *BiqData*; Zusammenstellung des Autors Klaus Bachmann.

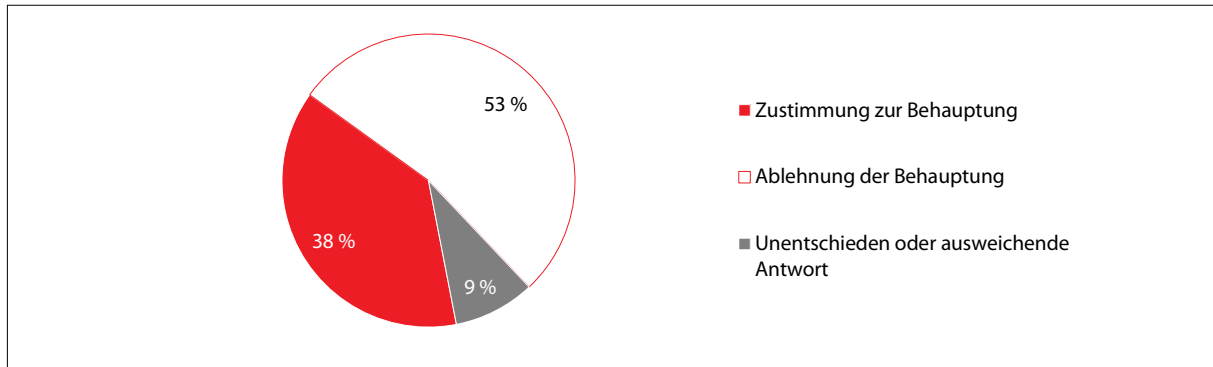
UMFRAGEN

Die Einstellung zu LGBT

Tabelle 1: Zustimmung der polnischen Bevölkerung zu Gleichberechtigung (Recht auf volle Eheschließung ohne Rücksicht auf das Geschlecht der Partner), Zivilpakt (zivilrechtliche Verbindung von gleichgeschlechtlichen Partnern) und Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partner

	Eurobarometer 2015	IPSOS 2017	Eurobarometer 2019	IPSOS 2019
Gleichberechtigung	37 %	38 %	49 %	41 %
Recht auf Zivilpakt	28 %	52 %	45 %	60 %
Adoptionsrecht		16 %		21 %

Quelle: Eurobarometer; IPSOS; Zusammenstellung des Autors Klaus Bachmann.

Grafik 1: Einstellung zur Behauptung, »LGBT« sei eine »bedrohliche Ideologie« (IPSOS 2020)

Quelle: IPSOS.

KOMMENTAR

Der homophobe Tsunami in Polen

Cecylia Jakubczak, Kampagne gegen Homophobie, Warschau

Auch wenn das Jahr 2020 als das Jahr in die Geschichte eingehen wird, in dem ein homophober Tsunami durch Polen ging, begann der Kampf der Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) gegen die mystische »LGBT-Ideologie« schon etwas früher, und zwar im Jahr 2018. Damals zeigte der PiS-Parteivorsitzende Jarosław Kaczyński zum ersten Mal mit dem Finger auf LGBT-Personen, um sie ein Jahr später als öffentlichen Feind Nummer eins zu taufen und damit ein deutliches Angriffssignal zu geben. Und obwohl der Plan, die eigene Regierungsmacht mit Hilfe einer Sündenbock-Strategie aufrechtzuerhalten »zum Erfolg verurteilt« zu sein schien, hat der von Kirchenoberhäuptern und den dienstefrigen regierungsnahen öffentlichen Medien unterstützte Kaczyński eines nicht vorhergesehen: Die homophoben Aktivitäten der Regierung rufen in der polnischen Gesellschaft entschiedenen Widerspruch hervor. Im Folgenden wird dargestellt, was in der letzten Zeit in Polen dazu führte, dass die LGBT-Community sagte, »Es reicht!«

Sündenbock im Regenbogengewand

Die Zeitgeschichte weist zahlreiche Beispiele von Politikern auf, die sich mit dem Ziel, Macht zu erlangen oder zu erhalten, entschlossen, ihre Taktik auf den Sündenbockmechanismus abzustellen. Sie zeigen auf ein Opfer, das die Schuld für jedwedes Unglück trägt oder eine gesellschaftliche Bedrohung darstellt. Sich selbst ernennen

sie zu Verteidigern der Nation. Diese Taktik wählte die PiS und bestimmte die LGBT-Community zum Sündenbock. Im April 2018 zeigte Kaczyński zum ersten Mal mit dem Finger auf sie, als er sagte: »So lange wir regieren, wird es keine homosexuellen Ehen geben«. Er sah, dass das Thema die Kernwählerschaft der PiS mobilisierte, und entschied, während des Parteitages in Jasionka zu präzisieren, wer der Feind Polens sei. Und so wurde der Ort in der Woiwodschaft Vorkarpaten (województwo podkarpackie) im März 2019 Zeuge einer Rede, die für die weiteren Ereignisse in Polen Schlüsselbedeutung bekam. Kaczyński sagte damals laut und deutlich, dass die Hauptbedrohung für die polnischen Familien und ihre Kinder die »Aggressoren im Zeichen von LGBT« sind, die die Jüngsten »sexualisieren« wollen.

LGBT-freie Zonen

Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Als Reaktion auf Kaczyńskis Aufruf zogen erbitterte PiS-Bekennern in den Kampf und entzündeten das Feuer des Hasses in der polnischen Gesellschaft. Das Instrument, mit dem die lokalen Behörden die homophobe Stimmung der Polinnen und Polen anstachelten, waren Anti-LGBT-Beschlüsse. Der erste Kreis, in dem im März 2019 der Beschluss »Selbstverwaltung frei von LGBT-Ideologie« verabschiedet wurde, war der Kreis Świdnik in der Woiwodschaft Lublin (woj. lubelskie). Der homophobe Trend verbreitete sich rasend schnell in ganz

Polen und weckte den entschiedenen Widerstand von Menschenrechtsorganisationen. Dann wurden die Anti-LGBT-Resolutionen von der »Kommunalen Charta der Familienrechte« (diese gründet auf der Initiative der fundamentalistischen Organisation *Ordo Iuris*) abgelöst. Doch in kurzer Zeit wurden 30 Prozent des polnischen Staatsgebietes in LGBT-freie Zonen verwandelt. Die Autoren des »Hass-Atlases« (*Atlas Nienawisci*) und der LGBT-Aktivist Bart Staszewski dokumentierten das skandalöse Treiben und alarmierten die Welt; Staszewski war Ideengeber für die Fotoaktion der Tafeln mit der Aufschrift »LGBT-freie Zone«. Auch wenn die Beschlüsse keine rechtlichen Folgen nach sich ziehen und nur eine symbolische Dimension haben, sind ihre Folgen im gesellschaftlichen Bereich real.

Das sind keine Menschen – das ist eine Ideologie

Die in ihrer Homophobie gestärkte, von der Kirche unterstützte *PiS* verschob Zentimeter um Zentimeter die Grenzen des Anstands und gewann immer mehr Raum für Hasssprache in der öffentlichen Debatte. So explodierte die vom Regierungslager vorbereitete homophobe Bombe mit einem Knall, als im Juni 2020 der erneut für das Amt des Präsidenten kandidierende Andrzej Duda auf einer Wahlkampfveranstaltung in Brzeg sagte: »Man versucht, meine Damen und Herren, uns einzureden, dass das Menschen sind. Aber es ist ganz einfach eine Ideologie«. Die Entmenschlichung der LGBT-Community, die in Polen zwei Millionen Personen zählt, war integraler Bestandteil von Dudas Präsidentschaftswahlkampf. Den Hass auf Personen mit einer nicht heteronormativen sexuellen Orientierung heizten gemeinsam mit Duda führende *PiS*-Politiker an. Dass »Polen ohne LGBT besser« sei, twitterte Innenminister Joachim Brudziński. Ihm pflichtete der aktuelle Bildungsminister Przemysław Czarnek bei, dessen Worte schon als Beispiel aus dem Lehrbuch der Homophobie gelten können: »Hören wir auf, diesen Blödsinn über irgendwelche Menschenrechte und irgendeine Gleichheit anzuhören. Diese Leute sind normalen Menschen nicht gleich«. Die homophoben Äußerungen Dudas und der ihn unterstützenden *PiS*-Politiker wurden von der Unterzeichnung der »Familienrechte-Charta« durch Duda begleitet. In dem Dokument, das die Kernwählerschaft der *PiS* ermuntern sollte, für Duda zu stimmen, verpflichtete sich der Präsident u. a. dazu, die Institution der Ehe zu verteidigen, womit er gleichzeitig zum Ausdruck brachte, dass er einer gleichgeschlechtlichen Ehe nicht zustimmt. Er betonte, dass er gegen die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare ist, und versicherte, dass er alles tun werde, um Kinder vor der – allerdings nicht vorhandenen – LGBT-Ideologie zu schützen.

Homophobie 24 Stunden täglich

Die homophoben Angriffe des Regierungslagers werden von Anfang an von den öffentlichen regierungsnahen Medien unterstützt, angeführt vom Fernsehsender *Telewizja Polska (TVP)*. Der Informationskanal des *TVP* wandelte sich zum Sprachrohr der homophoben Propaganda, wo Journalisten und Publizisten den hasserfüllten Aussagen von Politikern beipflichten. Die »Gleichstellungsparaden« (*parada/marsz równości*) anzugreifen, LGBT-Aktivist*innen mit Schmutz zu bewerfen, homophobe Initiativen zu fördern – das sind die wiederkehrenden Inhalte der Sendungen, die von den polnischen Steuerzahlern bezahlt werden. Nur ein Beispiel ist die Produktion und Ausstrahlung der extrem homophoben Reportage »Inwazja« (zu Deutsch: Die Invasion). Außer in den Medien machte es sich die Homophobie auch dauerhaft auf den polnischen Straßen bequem, die von der Plage homophober Transparente ergriffen wurden. In Städten über ganz Polen verteilt tauchen auf Schritt und Tritt großformatige Transparente auf, die Lügen über LGBT-Personen verbreiten und ihnen Unrecht tun. Auf den Straßen fahren LKWs, die von der Stiftung »Für das Recht auf Leben« (*Fundacja Pro-Prawo do Życia*) gesponsert werden; sie sind mit Plakaten mit homophoben Slogans beklebt und aus den Lautsprechern, die auf den Fahrerständen befestigt sind, sickert das homophobe Gift. Und es war einer dieser Lastwagen, der das Fass voll Bitterkeit zum Überlaufen brachte und die LGBT-Community derart provozierte, dass sie entschlossen zur Verteidigung der eigenen Würde aktiv wurde, in einem Land, in dem LGBT-Personen nicht das Recht haben, ihre Partnerschaft zu formalisieren, und in dem die sexuelle Orientierung und die Geschlechtsidentität nicht vom Strafgesetzbuch geschützt werden.

Es reicht!

Der Wendepunkt im Jahr 2020 war der Tag der ungerechtfertigten Inhaftierung der LGBT-Aktivistin Margot Szutowicz. In Verteidigung der Aktivistin des Kollektivs »Stopp dem Unsinn« (*Stop Bzduram*), die im Warschauer Zentrum in ein Auto ohne Kennzeichen gedrängt worden war, ging am 7. August eine verbitterte Menge auf die Straße. Und obwohl Margots Verteidigerinnen und Verteidiger nur mit Regenbogenfahnen »bewaffnet« waren, behandelte die Polizei sie mit außergewöhnlicher Brutalität. 48 der Demonstrierenden wurden in Haft genommen, wo es laut Vertretern der Gruppe »Landesmechanismus zur Prävention von Folter« (*Krajowy Mechanizm Prewencji Tortur*), angesiedelt beim Bürgerrechtsbeauftragten, zu »Erniedrigung und unmenschlicher Behandlung« kam. In einer Geste der Solidarität mit der Aktivistin, den Inhaftierten und der gesamten LGBT-Community in Polen wurden Hunderte Solidaritätsdemonstrationen organisiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

sendeten den Machthabern ein deutliches Signal: »Wir haben genug von der Homophobie der PiS! Wir haben genug von den LGBT-freien Zonen! Wir haben genug von den Homophobie-Bussen, die durch ganz Polen fahren! Wir haben genug von der homophoben Propaganda der öffentlichen regierungsnahen Medien!«

Und auch wenn Andrzej Duda Präsident geworden ist, so war der Stimmenvorsprung doch nur minimal,

und die nächsten Wahlen sind schon bald. Und dann – dessen können wir sicher sein – wird die Mobilisierung noch größer sein, denn abgesehen von der LGBT-Community hat sich die PiS nun auch noch mit den Frauen überworfen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über die Autorin

Cecylia Jakubczak, Soziologin, ist Managerin für Public Relations und Kommunikation bei der NGO »Kampagne gegen Homophobie« (*Kampania Przeciw Homofobii*), Warschau (Warszawa). Für Menschenrechte engagiert sie sich darüber hinaus u. a. in der Koalition für Zivilpartnerschaften und eheliche Gleichstellung (*Koalicja na rzecz Związków Partnerskich i Równości Matrzeńskiej*). Vom Wochenmagazin *Wysokie Obcasy* wurde sie 2017 im Ranking der 50 mutigsten Frauen aufgeführt.

Die Befreiung vom Geschlecht

Bogumił Łoziński, »Gość Niedzielny«, Warschau

Der Streit zwischen der LGBT-Bewegung und konservativen Kreisen lässt sich im Kern auf das Problem zurückführen, ob im Namen der Freiheit die Wahrheit über das eigene Geschlecht abgelehnt werden kann.

Gleiche Rechte

Die Debatte über die Forderungen der LGBT-Personen in Polen findet auf vielen Ebenen statt, u. a. auf einer ideologischen, rechtlichen, gesellschaftlichen, politischen sowie religiösen Ebene. Personen mit einer nicht heteronormativen sexuellen Orientierung sind der Ansicht, dass sie nicht die gleichen Rechte haben und diskriminiert werden. Es gilt sehr deutlich zu unterstreichen, dass alle Polen, unabhängig vom Geschlecht oder der sexuellen Orientierung, gleiche Rechte haben. Das garantieren die Verfassung und die nachgeordneten Rechtsakte. Es entspricht nicht der Wahrheit, dass Angehörige der homosexuellen Minderheit in Polen rechtlich diskriminiert werden.

Allerdings gibt es wie in jedem Land bestimmte Personengruppen, die außer den Bürgerrechten bestimmte Privilegien genießen, zum Beispiel haben manche Berufsgruppen das Recht auf einen vorzeitigen Renteneintritt. Die Sonderrechte sind das Ergebnis einer gesellschaftlichen Vereinbarung. Auch die Rechte für Ehe und Familie sind solche Privilegien. Es geht zum Beispiel um das Recht der gemeinsamen steuerlichen Veranlagung, um kinderbezogene Vergünstigungen oder steuerliche Rechte. Die LGBT-Bewegung fordert, gleichgeschlechtlichen Paaren dieselben Privilegien einzuräumen wie sie heterosexuelle Ehen haben, wozu auch das Recht auf die Adoption von Kindern gehört. Aller-

dings müsste, um diese Forderung zu erfüllen, die polnische Verfassung geändert werden, die eindeutig festlegt, dass die Ehe eine Verbindung zwischen Mann und Frau ist. Im Sejm, der eine Verfassungsänderung vornehmen kann, gibt es aktuell nicht die erforderliche Mehrheit dafür. Natürlich kann das Modell geändert werden, können gleichgeschlechtliche Paare dieselben Privilegien wie Ehepaare aus Mann und Frau erhalten. Aber es muss die Unterstützung der deutlichen gesellschaftlichen Mehrheit gegeben sein, und diese Unterstützung gibt es nicht. Noch einmal unterstreiche ich, dass es hier nicht um Diskriminierung geht, sondern um zusätzlich zugestandene Rechte.

Die gesellschaftliche und politische Debatte

Die gesellschaftliche und politische Debatte über die Forderungen der LGBT-Bewegung wurde in Polen von extremen Milieus dominiert. Die Politiker rechter Gruppierungen bedienen sich einer scharfen Rhetorik, die häufig die Grenzen des Zulässigen überschreitet. Beispielsweise behaupten sie, dass Homosexuelle keine Menschen seien. Es gibt auch radikale rechte Organisationen, die LGBT-Personen direkt angreifen, zum Beispiel während der »Gleichstellungsparaden« (*parada/ marsz równości*). Allerdings muss einem bewusst sein, dass es sich dabei um extreme Einstellungen und Verhaltensweisen handelt, die sogar in den eigenen Kreisen kritisiert werden. Leider wird in der Welt aber auf dieser Grundlage das Bild von der Situation der LGBT-Personen in Polen gezeichnet, als ob solche extremen Auswüchse allgemein verbreitet wären.

Auf der anderen Seite begannen auch LGBT-Personen, nachdem sie jahrelang ihre Forderungen mit friedlichen Methoden zur Sprache brachten, radikale, nicht rechtskonforme Mittel einzusetzen. Ein Beispiel: Einem Aktivist wurde Gewalt angetan – er gehört zu einer Stiftung, die sich öffentlich dagegen positioniert, Homosexuellen besondere Rechte zu geben, und auch die Beschädigung der Autos dieser Stiftung kommt inzwischen häufig vor. Als der mutmaßliche Täter festgenommen wurde, setzten aufseiten der LGBT-Community scharfe Proteste ein, um ihn freizubekommen, zumal er sich als bisexuell erklärt hat.

In linken Kreisen fanden radikale Methoden, die häufig darauf beruhen, dass Rechte verletzt werden, Unterstützung. Diese Kreise vertraten die Meinung, dass LGBT-Personen über dem Recht stehen. Das weckt natürlich den Widerstand der Mehrheit der Gesellschaft, die das Privileg der Strafflosigkeit aus dem Grund, dass jemand Anhänger der LGBT-Forderungen ist, nicht akzeptiert.

Besonders empörend sind für Christen die Angriffe von LGBT-Personen auf Symbole des Glaubens, u. a. indem auf Bildnisse Jesu oder der Muttergottes der Regenbogen als Symbol der Homosexuellen gemalt wird oder indem Transparente gezeigt werden, auf denen eine Monstranz mit dem Allerheiligsten neben dem weiblichen Geschlechtsorgan zu sehen ist. Für gläubige Menschen ist so etwas schmerzlich, unabhängig von den Erklärungen der Urheber. Unterdessen behaupten die LGBT-Milieus, dass sie tolerant seien, fordern, dass man andere respektieren, die Welt gerecht sein müsse usw. In der Realität beschmutzen sie mit solchen Verhaltensweisen das, was anderen heilig ist, und machen die Welt schlechter.

Der Streit um die Wahrheit

Der Streit um die LGBT-Forderungen hat eine weit reichende zivilisatorische Dimension. Die Umsetzung eines Teils der Forderungen würde eine Veränderung der Paradigmen bedeuten, auf die sich das gesellschaftliche Leben in Polen stützt. Es geht hier um die LGBT-Ideologie, auch Gender-Ideologie genannt. Die LGBT-Community bestreitet, dass es eine solche Ideologie gibt, aber die Analyse der ideellen Grundlagen, denen ihre Forderungen entspringen, und vor allem die Vorstellung vom Menschen und der Gesellschaft erfüllen die Kriterien einer Ideologie eindeutig. Ihr Kerngedanke besteht darin, den Menschen von seinem Geschlecht zu befreien. Dies ist eines der Hauptthemen der sogenannten dritten Welle des Feminismus. Dessen Vertreterinnen sind der Meinung, dass die Ungleichheit nicht dadurch aufgehoben wurde, dass rechtliche Gleichheit oder sogar bestimmte Privilegien erreicht wurden. Daraus ergab sich die Idee, sich vom biologischen Geschlecht zu

befreien und das kulturelle Geschlecht als das maßgebende anzuerkennen, das heißt Verhaltensmuster und Rollen, die wir dem jeweiligen Geschlecht zuschreiben. Die Konsequenz dieser Herangehensweise ist die Möglichkeit, ein beliebiges Geschlecht zu wählen; es reicht, sich entsprechend zu verhalten, unabhängig von den biologischen Bedingungen.

Die konservative Seite lehnt diese Einstellung entschieden ab und weist darauf hin, dass Freiheit nicht im Widerspruch zur Wahrheit stehen kann. Ein Mensch, der 1,60 Meter groß ist, kann zwar behaupten, dass er zwei Meter groß ist – aber es entspricht nicht der Wahrheit. Ähnlich ist es im Falle des Geschlechtes. Eine Frau kann behaupten, dass sie ein Mann ist, und sogar die Rolle eines Mannes spielen, aber sie ist weiter eine Frau, denn das Geschlecht ist keine Frage der Wahl. Bei Transsexuellen spitzt sich dieses Problem auf extreme Weise zu. Die LGBT-Community, die sagt, im Namen der Transsexuellen aufzutreten, ist der Ansicht, dass die Möglichkeit der freien Wahl des Geschlechtes die Probleme Transsexueller lösen würde. In manchen Ländern kann man bereits auf der Grundlage einer Erklärung das Geschlecht in den Dokumenten ändern lassen, so oft man will. Jedoch besteht die Lösung für das Drama der Transsexuellen nicht darin, ihnen die freie Wahlmöglichkeit des Geschlechtes zu garantieren. Sie wollen eine Antwort auf die Frage »Wer bin ich? Welches Geschlecht habe ich?« finden. Nicht die Freiheit der Wahl ist die Lösung des Problems, sondern die Wahrheit.

Die polnischen Konservativen sind sich dessen bewusst, dass die Ideologie der Befreiung vom Geschlecht in der westlichen Welt die dominierende gesellschaftspolitische Strömung ist. Ihre offizielle Ausdrucksform ist das sogenannte Gender Mainstreaming. Diese politische Strategie für Gleichberechtigung beruht darauf, die Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Hauptströmung der Politik zu verankern. Das Gender Mainstreaming wurde als offizieller Bestandteil der Gleichheitspolitik in die Dokumente der Europäischen Union und der Vereinten Nationen aufgenommen. Zum ersten Mal 1995 auf der Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking und 1997 in die Artikel 2 und 3 des Amsterdamer Vertrages der Europäischen Union. Die EU-Mitgliedsstaaten sind verpflichtet, in ihren Handlungen, Plänen und Analysen die Perspektive der kulturellen Geschlechtsidentität zu berücksichtigen. Beispielsweise müssen alle Projekte, die aus europäischen Fonds finanziert werden, die Grundsätze des Gender Mainstreaming umsetzen. Es lässt sich nicht ausschließen, dass die Ideologie der Geschlechtergleichheit nicht auch das gesellschaftliche Leben in Polen dominieren wird. Nur dass sie als Utopie, die auf einer falschen Annahme beruht, ohnehin zum Scheitern verurteilt ist (das ist aus der Geschichte bekannt, Beispiele wären die

Totalitarismen des 20. Jahrhunderts), wenn der Prozess auch lange dauern und viele menschliche Leiderfahrungen und Dramen mit sich bringen kann. Daher treten die Konservativen in Polen entschieden gegen die Ideo-

logie der Befreiung vom Geschlecht ein. Das bedeutet jedoch keinesfalls, LGBT-Personen zu diskriminieren.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Bogumił Łoziński, Journalist und Publizist, ist stellvertretender Chefredakteur der auflagenstärksten katholischen Wochenzeitung *Gość Niedzielny*. Interviews führte er beispielsweise mit Kardinal Josef Ratzinger und dem Philosophen Leszek Kołakowski. Er kommentiert gesellschaftspolitische Themen und Ereignisse in den polnischen Medien.

DOKUMENTATION

Die Position der Polnischen Bischofskonferenz zu LGBT+

28. August 2020

[...]

29. Manche Angehörigen und Sympathisanten der LGBT+-Bewegung haben sich andere als die oben dargestellten Ziele gesetzt. Ihre Priorität ist nicht die kulturelle, rechtliche und erzieherische Revolution, sondern Gewalt, Mobbing, Stigmatisierung und gesellschaftlichem Ausschluss, auch vonseiten der eigenen Familie, entgegen zu wirken. Manchmal nehmen auch Katholiken an den »Regenbogenmärschen« teil, um auf die genannten Probleme der LGBT+-Personen aufmerksam zu machen. In diesem Zusammenhang muss zum wiederholten Male unterstrichen werden, dass die Forderung nach Respekt für jeden, inklusive derjenigen, die sich mit LGBT+ identifizieren, vollkommen richtig ist; der demokratische Rechtsstaat wiederum sollte dafür sorgen, dass keines der grundlegenden Rechte dieser Menschen, das nicht in offensichtlichem Widerspruch mit der menschlichen Natur und dem Gemeinwohl steht (wie die gleichgeschlechtliche Partnerschaft oder die Adoption von Kindern in solchen Verbindungen), verletzt wird. Inakzeptabel sind daher jegliche Akte physischer oder verbaler Gewalt, rowdyhaften Verhaltens und Aggressionen gegenüber LGBT+-Personen. Genauso können sie, wie alle anderen Bürger, innerhalb des rechtlich vorgesehenen Rahmens ihre Forderungen vorstellen, mit dem Ziel, eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen und sie auf dem Wege demokratischer Veränderungen zu verwirklichen.

30. Parallel zu den genannten Rechten der LGBT+-Personen sollen die berechtigten Erwartungen der Gesamtgesellschaft unterstrichen werden, dass auch die Rechte der anderen Mitglieder der Gemeinschaft geachtet werden, insbesondere ihre religiösen Gefühle, die von ihnen anerkannten moralischen Grundsätze sowie Prinzipien der öffentlichen Ordnung. Die positive Einstellung der Mitglieder der Gemeinschaft, die sich um die Vermeidung gesellschaftlicher Spannungen und die gegenseitige Achtung der Rechte bemühen, drückt sich darüber hinaus in der Bereitschaft aus, Personen zu Hilfe zu kommen, die offen sind für den Dialog über das gesellschaftlich-politische Ausmaß der persönlichen Würde eines jeden Menschen, die als ungeteilte sowohl geistige als auch körperliche Würde zu verstehen ist. Diese Forderung bezieht sich u. a. auf die Rolle, die Familie, Schule und Katechese im Erziehungsprozess zu spielen schuldig sind.

31. Die Pflicht zur Achtung der Personen, die mit der LGBT+-Bewegung verbunden sind, bedeutet nicht, ihre Ansichten unkritisch zu akzeptieren. Im Gegenteil, es bedeutet, sie aufmerksam zu analysieren und sie im Lichte der objektiven Wahrheit über das menschliche Geschlecht und die Grundsätze des Gemeinwohls zu prüfen, denn die Ideologie dieser Bewegungen und ihre Forderungen sind mit zahlreichen, für das gesellschaftliche Leben schädlichen Fehlern belastet, wie der Vorwurf der fehlenden Toleranz. Dahinter verbirgt sich nicht selten eine Ideologie, die den Unterschied und die natürliche Komplementarität von Mann und Frau negiert, und hinter der Bezugnahme auf die Natur verbirgt sich vor allem die menschliche Biologie, die kulturelle Option, die geschlechtliche Triebhaftigkeit oder die psychosexuelle Emotionalität (siehe Kongregation für das Katholische Bildungswesen: Als Mann und Frau schuf er sie. Für einen Weg des Dialogs zur Gender-Frage im Bildungswesen. Nr. 21, 23).

32. Den Rahmen des gebührenden Respektes überschreitet auch die Legalisierung von Verbindungen zwischen Personen desselben Geschlechtes, denn deren rechtliche Anerkennung führt langfristig zur Schwächung der Institution der Ehe. Staatlicherseits würde es sich dabei darum handeln, »die Pflicht zu vernachlässigen, eine für das Gemeinwohl so wesentliche Einrichtung zu fördern und zu schützen, wie es die Ehe ist« (Kongregation für die Glaubenslehre: Erwägungen zu den Entwürfen einer rechtlichen Anerkennung der Lebensgemeinschaften zwischen homosexuellen Personen. Rom 2003. Nr. 6). Allein die Verbindung zwischen Mann und Frau, in der die fruchtbare Liebe auf der Komplementarität des Geschlechtes gründet, ist die richtige Umgebung, um Kinder zu gebären und zu erziehen, und somit das Fundament einer gesunden Gesellschaft. Aus diesem Grund erfreut sie sich des besonderen rechtlichen Schutzes und zahlreicher Privilegien. Diese Grundüberzeugung im Rechtssystem zu verletzen, würde ernste Veränderungen in der gesellschaftlichen Praxis nach sich ziehen, einschließlich bei der Ausbildung und Erziehung der jungen Generation. Das oben zitierte Dokument der Kongregation für die Glaubenslehre unterstreicht daher: »Wenn die Ehe zwischen zwei Personen verschiedenen Geschlechts in rechtlicher Hinsicht nur als eine mögliche Form der Ehe betrachtet würde, brächte dies eine radikale Veränderung des Begriffs der Ehe zum schweren Schaden für das Gemeinwohl mit sich« (ebd. Nr. 8).

[...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Konferencja Episkopatu Polski [Polnische Bischofskonferenz]: Stanowisko Konferencji Episkopatu Polski w kwestii LGBT+ [Die Position der polnischen Bischofskonferenz zu LGBT+]. 28.08.2020. <https://episkopat.pl/kep-szacunek-dla-osob-zwiazanych-z-ruchem-lgbt-nie-oznacza-bezkrytycznego-akceptowania-ich-pogladow-2/> (abgerufen am 10.11.2020).

STATISTIK

Covid-19 in Polen

Grafik 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 15. November 2020, Johns-Hopkins-Universität)

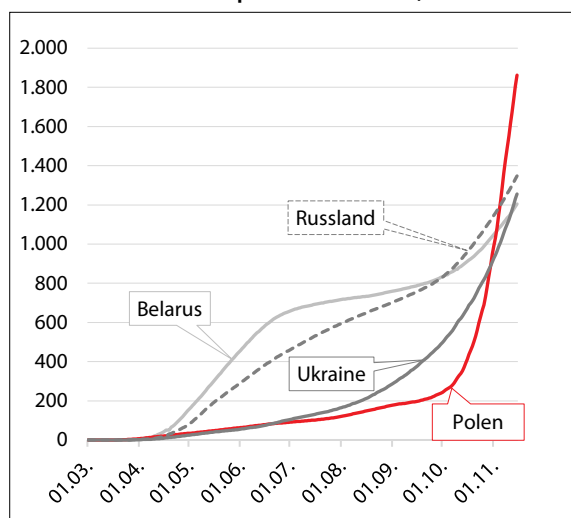


Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (3. – 15. November 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
03.11.	101.329	414.844	1.661.096	423.683
04.11.	102.313	439.536	1.680.579	433.492
05.11.	103.295	466.679	1.699.695	443.630
06.11.	104.286	493.765	1.720.063	453.565
07.11.	105.283	521.640	1.740.172	464.598
08.11.	106.279	546.425	1.760.420	474.245
09.11.	107.262	568.138	1.781.997	483.153
10.11.	108.300	593.592	1.802.762	493.544
11.11.	109.357	618.813	1.822.345	504.423
12.11.	110.455	641.496	1.843.678	515.755
13.11.	111.622	665.547	1.865.395	527.808
14.11.	112.870	691.118	1.887.836	540.593
15.11.	114.185	712.972	1.910.149	551.533

Für die Zahlen vom 01.03.–02.11.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255–264.

Auch wenn die Zahlen aus derselben Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 15.11.2020, 21:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 15. November 2020, Johns-Hopkins-Universität)

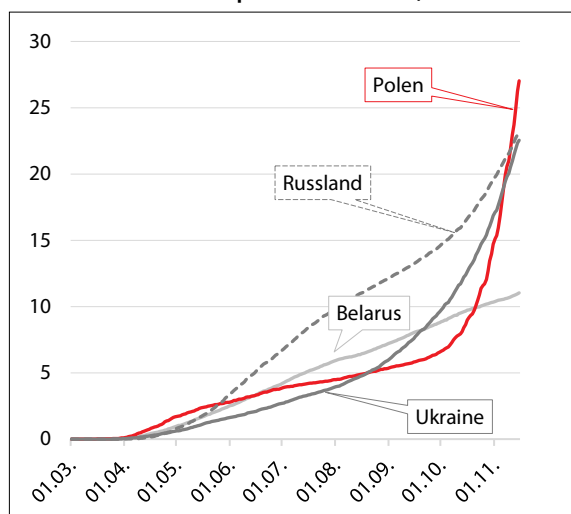


Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (3. – 15. November 2020, Johns-Hopkins-Universität)

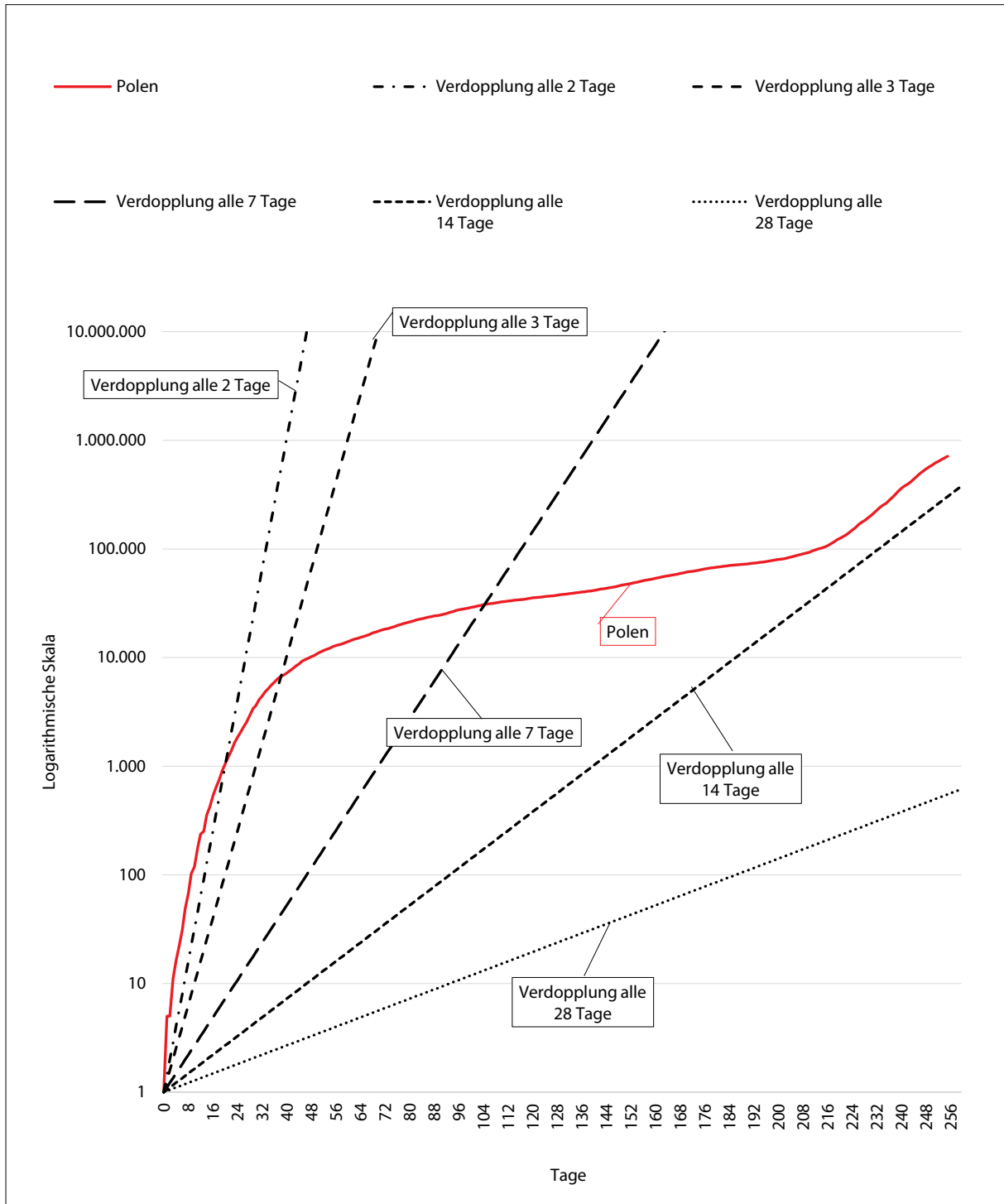
Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
03.11.	992	6.102	28.611	7.749
04.11.	995	6.475	28.996	7.952
05.11.	998	6.842	29.285	8.148
06.11.	1.001	7.287	29.654	8.358
07.11.	1.004	7.636	30.010	8.553
08.11.	1.007	7.872	30.292	8.695
09.11.	1.011	8.045	30.546	8.812
10.11.	1.016	8.375	30.899	9.018
11.11.	1.022	8.805	31.326	9.214
12.11.	1.027	9.080	31.755	9.422
13.11.	1.033	9.499	32.156	9.604
14.11.	1.039	10.045	32.536	9.806
15.11.	1.046	10.348	32.885	9.904

Für die Zahlen vom 01.03.–02.12.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255–264.

Auch wenn die Zahlen aus derselben Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 15.11.2020, 21:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 3: Covid-19-Verdopplungsraten in Polen: bestätigte Fälle

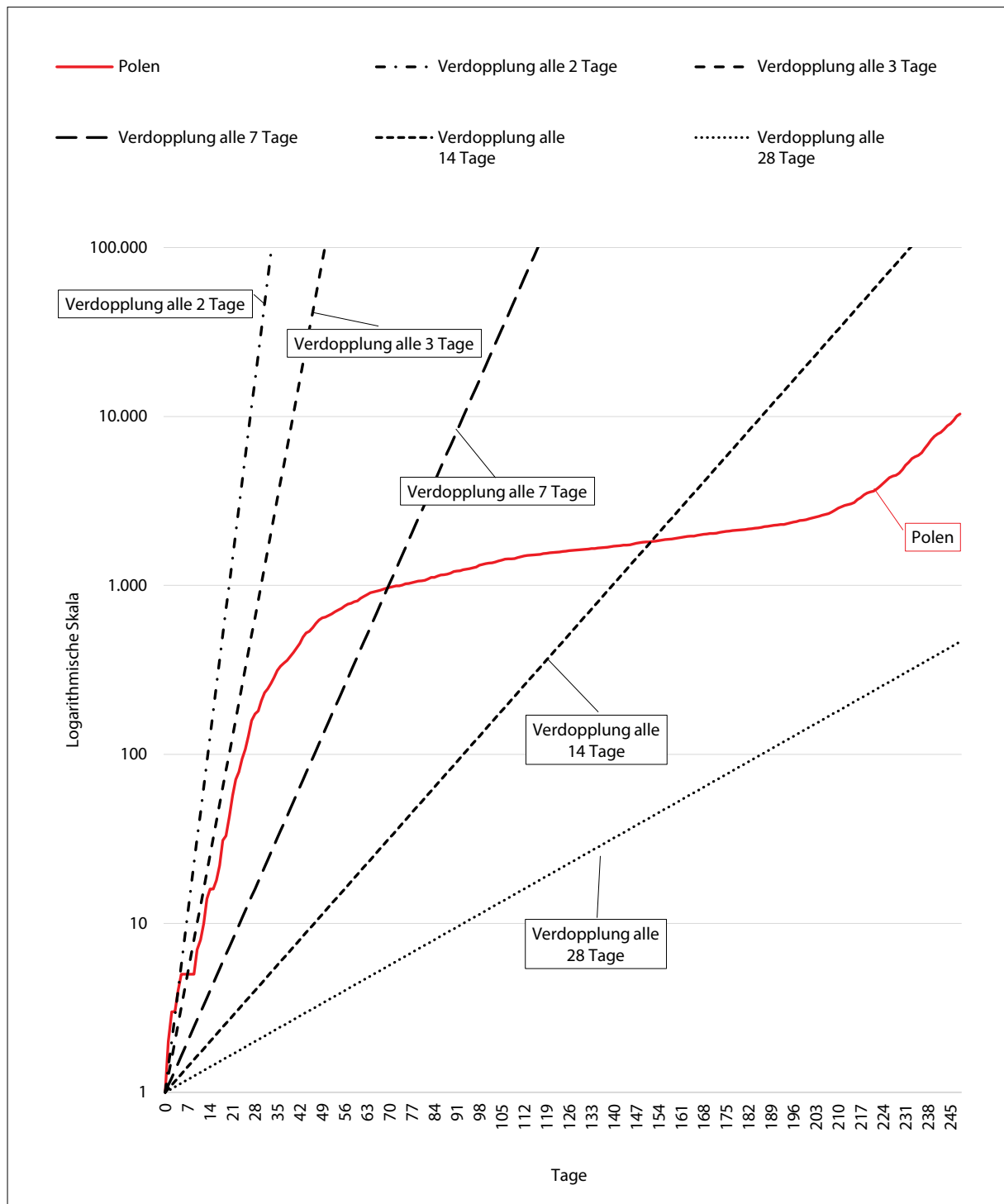


Der Tag Null ist der letzte Tag mit nur einem bestätigtem Fall oder der erste Tag, an dem Fälle gemeldet wurden.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 15.11.2020 Uhr 21:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Formel für die Verdopplungsraten von <https://blog.datawrapper.de/weekly-chart-coronavirus-doublingtimes/>

Grafik 4: Covid-19-Verdopplungsraten in Polen: bestätigte Todesfälle



Der Tag Null ist der letzte Tag mit nur einem bestätigtem Fall oder der erste Tag, an dem Fälle gemeldet wurden.

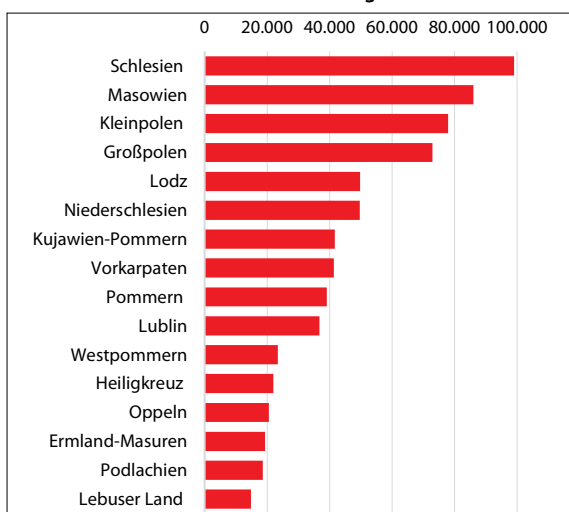
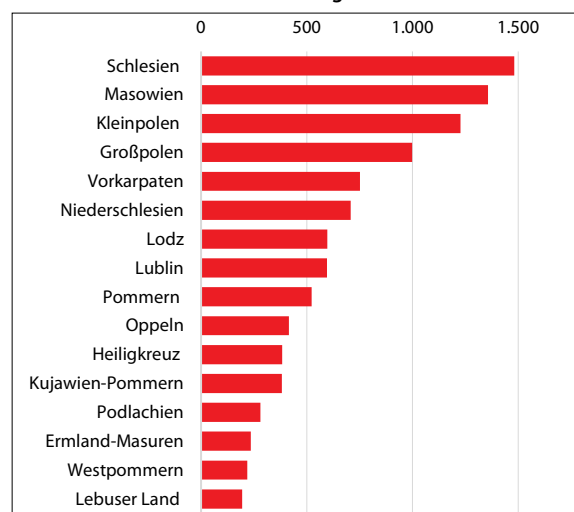
Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 15.11.2020 Uhr 21:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Formel für die Verdopplungsraten von <https://blog.datawrapper.de/weekly-chart-coronavirus-doublingtimes/>

Grafik 5: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (15. November 2020, 10.30 Uhr)

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	19.351	235
Großpolen (wielkopolskie)	72.885	999
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	21.952	384
Kleinpolen (małopolskie)	77.986	1.227
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	41.628	382
Lebuser Land (lubuskie)	14.823	195
Lodz (łódzkie)	49.716	597
Lublin (lubelskie)	36.719	596

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Masowien (mazowieckie)	86.067	1.357
Niederschlesien (dolnośląskie)	49.707	707
Oppeln (opolskie)	20.553	416
Podlachien (podlaskie)	18.641	280
Pommern (pomorskie)	39.145	523
Schlesien (śląskie)	99.004	1.481
Vorkarpaten (podkarpackie)	41.385	751
Westpommern (zachodniopomorskie)	23.410	218

Infektionsfälle im Vergleich**Todesfälle im Vergleich**

Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-aktualna-najnowsze-dane-15-listopada-2020-4344739> (abgerufen am 16.11.2020); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 3. – 15. November 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
03.11.2020	414.844/6.102	Gesundheitsminister Adam Niedzielski teilt mit, dass sich in Polen zurzeit ca. 500.000 Personen infolge der Corona-Epidemie in Quarantäne befinden.
03.11.2020		Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ruft dazu auf, vor dem Hintergrund der herrschenden Corona-Epidemie nicht an den »Unabhängigkeitsmärschen« zum Tag der Unabhängigkeit (11.11. 1918) teilzunehmen.
04.11.2020	439.536/6.475	Angesichts der hohen Zahl an Neuinfektionen mit dem Corona-Virus kündigt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki eine nationale Quarantäne in ein bis zwei Wochen für den Fall an, dass die Zahl der Neuinfektionen mehr als 70 bis 75 pro 100.000 Einwohner beträgt und sich sieben Tage auf diesem Niveau hält.
05.11.2020	466.679/6.842	Nach aktuellen Schätzungen der Europäischen Kommission sinkt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 infolge der Corona-Pandemie in Polen um 3,6 %. (EU: 7,4 %). Für 2021 wird für Polen ein Wachstum von 3,3 % (EU: 4,1 %) vorhergesagt. Die Arbeitslosenquote in Polen wird für 2020 mit 4 %, für 2021 mit 5,3 % und für 2022 mit 4,1 % veranschlagt.
05.11.2020		Nach Einschätzung von Gesundheitsminister Adam Niedzielski wird sich die Zahl der Corona-Neuinfektionen in der kommenden Woche stabilisieren. Er gehe von 25.000 bis 30.000 neuen Fällen pro Tag aus.
06.11.2020	493.765/7.287	Der Stadtpräsident von Warschau, Rafał Trzaskowski, gibt bekannt, dass er der Durchführung des »Unabhängigkeitsmarsches« am Nationalfeiertag der Unabhängigkeit (11.11.) in Warschau keine Erlaubnis erteilt. Als Grund gibt er die negative Stellungnahme des Gesundheitsamtes vor dem Hintergrund der herrschenden Corona-Epidemie an. Der Marsch der Unabhängigkeit wird alljährlich vom rechtsextremistischen »Verband Marsch der Unabhängigkeit« (Stowarzyszenie Marsz Niepodległości) durchgeführt. Da er als zyklische Veranstaltung gilt, habe die Stadt das Recht, eine Entscheidung zu treffen, so Trzaskowski. Dies sei ein Unterschied zu spontanen Demonstrationen, die vorher nicht angemeldet würden. Robert Bąkiewicz, Vorsitzender des »Verbands des Unabhängigkeitsmarsches«, kommentiert, in Trzaskowskis Logik umgehe das Corona-Virus spontane Versammlungen und wüte in zyklischen Veranstaltungen. Trzaskowski räche sich offenbar an den Patrioten dafür, dass er die Präsidentenwahl im Juli verloren hat. Angesichts der seit Wochen stattfindenden Massendemonstrationen gegen das Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) zum Abtreibungsrecht sei Trzaskowskis Entscheidung ideologisch motiviert, sagt Bąkiewicz. Letztere Kundgebungen gelten als spontane Demonstrationen.
06.11.2020		Adam Bodnar, Bürgerrechtsbeauftragter der Regierung, appelliert in einem Brief an Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, das Angebot Deutschlands anzunehmen und Covid-19-Patienten in Deutschland behandeln zu lassen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte es Präsident Andrzej Duda Ende Oktober in einem Brief unterbreitet. In Anbetracht der rasant steigenden Corona-Infektionszahlen und der Krise im polnischen Gesundheitswesen sei es die rechtliche und moralische Pflicht, die Hilfe anzunehmen, schreibt Bodnar. Am Vortag hat Vizeaußenminister Marcin Przydacz gesagt, dass Polen die Zusammenarbeit eingehen wolle und auf ein konkretes Angebot warte.
07.11.2020	521.640/7.636	Ab dem heutigen Tag gelten neue Einschränkungen für Geschäfte, um die Mobilität der Menschen und die Verbreitung des Corona-Virus einzudämmen. Die Geschäfte müssen schließen, Ausnahmen sind Lebensmittelgeschäfte, Drogerien und Apotheken. Die Anzahl der Personen in den Geschäften wird entsprechend der Größe der Ladenfläche begrenzt. Hotels dürfen nur noch Geschäftsreisende aufnehmen. Kinos, Theater, Museen und Galerien werden geschlossen. Die Bestimmungen gelten mindestens bis zum 29. November.
08.11.2020	546.425/7.872	

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
09.11.2020	568.138/8.045	Ab dem heutigen Tag gelten neue Beschränkungen für die Schulen, um das Corona-Infektionsgeschehen einzudämmen. Der Fernunterricht wird auf die Klassen 1 bis 3 ausgedehnt. Die Regelung gilt mindestens bis zum 29. November.
09.11.2020		Jarosław Gowin, Minister für Entwicklung, Arbeit und Technologie, und Vertreter der Möbelbranche thematisieren in einem Videogespräch Möglichkeiten, trotz epidemiebedingtem Teil-Lockdown die Möbelgeschäfte unter strengen Hygieneauflagen wieder zu öffnen.
10.11.2020	593.592/8.375	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagt, gegen das Corona-Virus sollen zuerst das medizinische Personal, die uniformierten Dienste und ältere Menschen geimpft werden. Am Vortag haben die Pharmafirmen Pfizer und BioNTech mitgeteilt, dass der Impfstoff, den sie zurzeit gemeinsam entwickeln, eine Wirksamkeit von 90 % hat. Mit ihnen hat die Europäische Union eine Vereinbarung über den Kauf von 300 Mio. Impfgaben getroffen, die anteilig an die Mitgliedsländer gehen sollen.
11.11.2020	618.813/8.805	In einem Brief aus Anlass des Nationalfeiertages der Unabhängigkeit (11.11.1918) ruft Ministerpräsident Mateusz Morawiecki die Bevölkerung angesichts der herrschenden Corona-Epidemie zur Solidarität und zur Einhaltung der Hygiene- und Schutzmaßnahmen auf. Zurzeit sei es eine patriotische Tat, zu Hause zu bleiben und so zur Eindämmung des Virus beizutragen.
12.11.2020	641.496/9.080	Jarosław Gowin, Minister für Entwicklung, Arbeit und Technologie, sagt in einem Fernsehinterview, ein vollständiger Lockdown für einen Monat würde wirtschaftliche Kosten in Höhe von knapp 100 Mrd. Zloty nach sich ziehen. Zur Eindämmung der Corona-Epidemie sollte er erst eingesetzt werden, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft sind. Zurzeit wäre ein solcher Schritt voreilig. Denkbar wäre dagegen eine noch stärkere Reduzierung der Sozialkontakte, um Infektionsketten zu unterbrechen.
13.11.2020	665.547/9.499	Gesundheitsminister Adam Niedzielski sagt in einem Fernsehinterview, es sei geplant, die gesamte erwachsene Bevölkerung in Polen (ca. 31 Mio. Personen) gegen das Corona-Virus zu impfen.
13.11.2020		Die drei größten Möbelkonzerne in Polen, Agata Meble, Ikea Retail Polska und Jysk Polen, teilen in einer gemeinsamen Bekanntmachung mit, dass sie an Ministerpräsident Mateusz Morawiecki appelliert haben, die Möbelhäuser wieder zu öffnen. Die Möbelbranche habe für die polnische Wirtschaft strategische Bedeutung, und angesichts der zunehmenden Arbeit im Homeoffice sowie der Kinderbetreuung zu Hause würden sich viele Haushalte neu ausstatten.
14.11.2020	691.118/10.045	
15.11.2020	712.972/10.348	Das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe gibt bekannt, dass die Auszahlung von Schadenersatz aus dem Fonds zur Unterstützung der Kultur vorläufig eingestellt wird und die getätigten Auszahlungen erneut überprüft werden. In den Sozialen Medien kam es vorher zu Diskussionen über die Summen, die teilweise zwischen mehreren Zehntausend bis zu mehreren Millionen Zloty lagen. Die Hilfszahlungen in Höhe von 40 bis 50 % der belegten Einkommensausfälle zwischen März und Dezember 2020 konnten von Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen beantragt werden, die infolge der Corona-Epidemie Einkommensverluste haben.

*Zahlen der Johns Hopkins Universität, 15.11.2020, 21:26 Uhr

CHRONIK

3. November – 15. November 2020

03.11.2020	Nach Bekanntwerden, dass Rafał Trzaskowski, Stadtpräsident von Warschau, seinen Stellvertreter, Paweł Rabiej, entlassen hat, schreibt Arkadiusz Mularczyk, Sejm-Abgeordneter von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), auf »Twitter«, Trzaskowski habe beschlossen, aus der »Stadtverwaltung eine LGBT-freie Zone« zu machen. Rabiej ist bekennender Homosexueller. Der Grund für seine Entlassung war, dass er ohne Rücksprache Urlaub genommen hat, obwohl er in der zurzeit herrschenden Corona-Epidemie verantwortlich für das städtische Gesundheitsressort ist.
04.11.2020	Regierungssprecher Piotr Müller sagt, dass das Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) zum Abtreibungsrecht vom 22. Oktober veröffentlicht werden wird, da das die Verfassung vorsieht. Aktuell seien aber eine Phase des gesellschaftlichen Friedens und der Reflexion mit Ethikern, Juristen und Ärzten sowie eine Parlamentsdebatte über den Gesetzesentwurf von Präsident Andrzej Duda zum Abtreibungsrecht notwendig. Seit der Verkündung des Urteils, das die Abtreibung von Föten mit schweren Schäden für verfassungswidrig erklärt, protestieren in Polen Zehntausende Menschen.
05.11.2020	In einem Radiointerview sagt Nadia Oleszczuk, Mitglied des Konsultationsrates des Netzwerkes »Frauenstreik« (Strajk Kobiet), dass ein Ziel des Konsultationsrates Verhandlungen mit der Regierung über die Forderungen der Protestierenden seien. Seit dem Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) zum Abtreibungsrecht vom 22. Oktober, das die Abtreibung von Föten mit schweren Schäden für illegal erklärt, kommt es in Polen zu Massenprotesten. Der Ende Oktober gegründete Konsultationsrat hat sich die Aufgabe gestellt, die Forderungen der Protestierenden zu präzisieren und rechtliche Lösungen vorzuschlagen.
06.11.2020	Nach aktuellen Schätzungen des Ministeriums für Entwicklung, Arbeit und Technologie betrug die Arbeitslosenquote Ende Oktober 6,1 %.
07.11.2020	Präsident Andrzej Duda gratuliert Joe Biden zu einem »erfolgreichen Wahlkampf« bei der US-amerikanischen Präsidentenwahl. Biden wurde von den US-amerikanischen Medien zum Wahlsieger erklärt, nachdem er laut Auszählungen die Mehrheit der Wahlmännerstimmen erhalten hat. Duda sagt, Polen sei entschlossen, das hohe Niveau und die Qualität der strategischen Partnerschaft mit den USA aufrechtzuerhalten.
10.11.2020	Przemysław Czarnek, Minister für Bildung und Wissenschaft, sagt in einem Radiointerview, er stimme den Wissenschaftlern zu, die »Gender« nicht als Wissenschaft betrachten. Es sei aktuell das Wichtigste, an den Hochschulen die Freiheit der Wissenschaft derart zu garantieren, dass diese Wissenschaftler nicht diskriminiert werden. »Gender« sei eine marxistische Ideologie, eine falsche Vision vom Menschen und ein anthropologischer Irrtum.
10.11.2020	Zbigniew Ziobro, Parteivorsitzender von Solidarisches Polen (Solidarna Polska), dem Juniorpartner in der Regierung, und Justizminister, nimmt in einer Erklärung zur vorläufigen Vereinbarung des Europäischen Parlamentes und der von Deutschland ausgeübten EU-Ratspräsidentschaft Stellung. Die Vereinbarung, dass die Auszahlung von EU-Haushaltsmitteln von der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeitsprinzipien im jeweiligen EU-Mitgliedsstaat abhängig gemacht werden soll, sei eine politische, kulturelle und wirtschaftliche Kolonisierung. Sie sei der Versuch, die Souveränität Polens und Ungarns radikal zu beschränken sowie der Länder, die es in Zukunft wagen, Unabhängigkeit gegenüber dem Hauptentscheidungszentrum der EU zu zeigen. Solidarisches Polen unterstütze die Ankündigung des Regierungspartners Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), gegen den EU-Haushalt unter dieser Bedingung ein Veto einzulegen.
11.11.2020	Beim Marsch der Unabhängigkeit in Warschau kommt es zu schweren Ausschreitungen. Ca. 300 Personen werden, zum Teil vorbeugend, festgenommen; 35 Polizisten werden verletzt. Der Marsch der Unabhängigkeit wird alljährlich vom rechtsextremistischen »Verband Marsch der Unabhängigkeit« (Stowarzyszenie Marsz Niepodległości) zum Nationalfeiertag der Unabhängigkeit (11. November 1918) organisiert. Um die Corona-Schutzmaßnahmen einzuhalten, riefen die Organisatoren in diesem Jahr zu einem Autokorso auf, dennoch nahmen zahlreiche Personen zu Fuß teil. Die Polizei informierte darüber, dass diese Form der Teilnahme illegal ist. Stadtpräsident Rafał Trzaskowski hatte den Marsch in der vergangenen Woche aufgrund der herrschenden Corona-Epidemie verboten; Klagen der Organisatoren wurden von den Gerichten abgelehnt.
12.11.2020	Der Ministerrat stellt die Einrichtung der Stelle eines Regierungsbevollmächtigten für Meeres- und Wasserwirtschaft und Investitionen in Aussicht. Zu seinen Aufgaben sollen die Erstellung von wirtschaftlichen, rechtlichen und organisatorischen Analysen und Konzepten zur Unterhaltung der Wasserwege, zum Überschwemmungsrisiko und zu Investitionen im Bereich der Meeres- und Wasserwirtschaft gehören.

13.11.2020	Auf einer Veranstaltung der Klubs der rechtsnationalen Wochenzeitung »Gazeta Polska« spricht sich Präsident Andrzej Duda für einen Gesetzesentwurf zur »Repolonisierung« der Medien aus. Über ein solches Vorhaben werde ohne Konkretisierung seit fünf Jahren in der Regierungskoalition gesprochen. In anderen Ländern gebe es Lösungen zum Schutz des heimischen Medienmarktes. Interessant sei, dass Politiker dieser Länder Polen drohen würden, dass es ähnliche Lösungen nicht einführen dürfe, so Duda.
14.11.2020	Gesundheitsminister Adam Niedzielski teilt mit, dass ein Plan zur Verbesserung des Gesundheitssystems ausgearbeitet worden sei, der Defizite ausgleichen soll, die infolge der Corona-Epidemie sichtbar wurden. Er umfasse die Prophylaxe, den Fachärztemangel und den Ausbau der Onkologie sowie der Kardiologie.
15.11.2020	Der stellvertretende Innenminister Błażej Poboży sagt, die vom Innenministerium öffentlich zugänglich gemachten Filmaufnahmen des Marsches der Unabhängigkeit am 11.11. in Warschau sollen dazu dienen, den tatsächlichen Hergang der Ausschreitungen am Charles de Gaulle-Rondo aufzuklären. Bisher seien in den Sozialen Netzwerken verschiedene Aufnahmen verbreitet worden, die u. a. Tötlichkeiten der Antifa-Bewegung oder Provokationen vonseiten der Polizei haben belegen sollen. Jedoch würden die auf der Webseite des Innenministeriums veröffentlichten Aufnahmen zeigen, dass die Gewalt von Hooligans und Rowdys des Unabhängigkeitsmarsches ausgegangen sei und sich die Polizei richtig verhalten habe.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

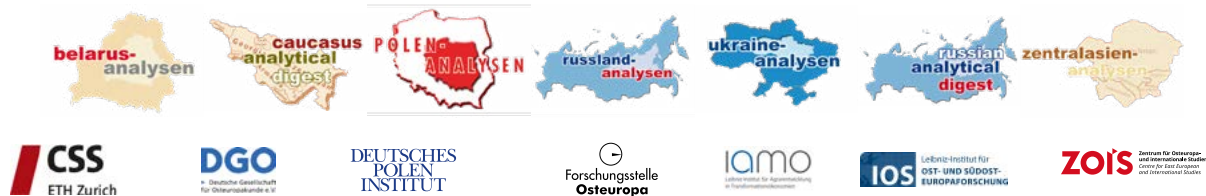
Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

🐦 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.